

## **Rede der SDAJ an 27.01. in Bochum**

### **Dem Rechtsruck entgegen treten**

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, Vor mehr als 70 Jahren wurden Millionen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Behinderte und politische Gegnern durch den deutschen Faschismus auf bestialische Art und Weise ermordet, gefoltert und unterdrückt. Dies ist Anlass, sich auch heute zu versammeln und der Opfer des Faschismus zu gedenken.

Gedenken allein reicht jedoch im Jahr 2018 nicht mehr: Wir müssen auch etwas tun. Wir müssen aktiv werden gegen den Rechtsruck den wir heute erleben. Einen Rechtsruck den der durch die angeblich „Alternative“ für Deutschland angeführt wird.

Der Aufstieg der AfD gipfelte bei der Bundestagswahl 2017 darin, dass die Partei quasi aus dem Stand knapp 13% der Stimmen einheimste und erstmals seit über 50 Jahren eine Partei im Bundestag sitzt, die regelmäßig faschistische Propaganda verbreitet. Funktionäre der AfD wollen an der Grenze auf Menschen schießen lassen und meinen, die Zuwanderung nach Deutschland verfolge das Ziel, das deutsche Volk auszurotten. Allerdings richtet sich die AfD nicht nur gegen Leute, die in Deutschland Schutz und ein neues Leben suchen, sondern auch gegen alle Menschen die homosexuell, behindert, arbeitslos oder arm sind egal ob Deutsch oder nicht Deutsch. Wir haben es mit einer Partei zu tun, für die nur derjenige etwas zählt, der zur Vermehrung der Deutschen Bevölkerung beiträgt, im Namen des Standorts auch für einen Hungerlohn arbeitet und sich auf angebliche natürliche Geschlechterrollen festlegt.

Aber: Der Aufstieg der AfD ist vielleicht das auffälligste am Rechtsruck in Deutschland, er ist jedoch viel umfassender. Er geht bis in diejenigen Kreise und Parteien, die sich der AfD als Reaktion auf die Bundestagswahl nun politisch annähern. Erinnern wir uns: Bevor Thilo Sarrazin seinen Kreuzzug gegen Frauen mit Kopftüchern und türkische Gemüsehändler startete, hetzte er auch gegen deutsche Hartz-4-Empfänger. Sarrazin hat noch heute das Parteibuch der SPD, der Partei, die mit den Hartz-Gesetzen und der Agendapolitik dafür gesorgt hat, dass sich nun viele Arbeitslose, Leiharbeiter und verarmte Rentnerinnen und Rentner

den Rechten zuwenden.

Auch ist es nicht so, als hätte der Antisemitismus in Deutschland 1945 aufgehört zu existieren und sei erst 2015 mit der vermeintlichen Flüchtlingskrise wieder aus dem islamischen Raum nach Deutschland importiert worden. Wer sich an CDU- und FDP-Politiker wie Martin Hohmann und Jürgen Möllemann erinnert, der weiß auch, dass Antisemitismus in Deutschland noch nach 1945 auch von den politisch Herrschenden verbreitet wurde.

Ganz aktuell erleben wir einen massiven Abbau von demokratischen Rechten. Besonders laut und stolz schlagen alle auf die schwächsten der Schwachen, auf die Geflüchteten ein. Die sich anbahnende große Koalition aus CDU, CSU und SPD hat sich in ihren Sondierungsgesprächen auf eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten geeinigt. Das Grundrecht auf Asyl war eine Bedingung für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und eine zentrale Lehre aus den Verbrechen des Hitlerfaschismus, anlässlich deren wir heute hier stehen. Auch die sich liberal gebenden FDP und Grünen hatten in den Sondierungsgesprächen einer möglichen Jamaika-Koalition jegliche Hüllen fallen gelassen und hatten voll auf die rassistischen Forderungen aus dem AfD-Umfeld eingeschwenkt. Und selbst Politiker der Linkspartei hatten von Gastrechten von Geflüchteten gesprochen. Damit verließen sie den humanistischen Konsens, dass Asyl ein Menschenrecht zu sein hat.

Dabei hat die große Koalition in den letzten Jahren vermehrt zu neuen Flüchtlingsströmen beigetragen. Sie haben zum Beispiel Waffen an die Türkei oder Saudi Arabien liefern lassen und somit auf der einen Seite den Islamischen Staat, und auf der anderen Seite die Profite deutscher Großkonzerne unterstützt.

Gleichzeitig wird in der Bevölkerung ein Klima der Angst geschaffen:

Linke Demonstranten die mit Flaschenwürfen ihren Unmut gegen den Rechtstrend der Regierung ausdrücken, werden mit Wasserwerfern und Nervengas bekämpft.

Wir erlebten in den letzten Monaten eine Rasterfahndung mit Hilfe der Propagandamaschine der Medien. Gruselgeschichten über angeblich nicht einsatzfähige Polizei- und Bundeswehreinheiten, sollen uns überzeugen dass der Ausbau des Polizei- und Militärapparates gerade nötig ist.

Auf die Spitze treibt es zurzeit die Bayrische CSU: Mit weiteren 1000 Stellen für

Polizisten wollen sie die Präsenz auf Plätzen, Bahnhöfen und Straßen stärken. Zusätzlich soll es eine eigene bayerische Grenzpolizei geben und sie wollen ein Landesamt für Asyl und Abschiebungen gründen - eine Art bayerisches „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“. Damit soll die Zahl der Abschiebungen im Freistaat konsequent erhöht werden.

Gleichzeitig werden die täglich real stattfindenden Angriffe von Faschisten auf vermeintliche Ausländer oder Linke totgeschwiegen. Die Morde des NSU, des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ haben aktive Unterstützung durch Polizeinstanzen erfahren. Eine Aufklärung ihrer Morde wird verhindert, Kronzeugen sterben vor ihren Aussagen an ungewöhnlichen Todesursachen.

Der Rechtsruck hat nicht nur Deutschland erwischt. In vielen Ländern Europas setzen die Regierungen auf Hetze zwischen den einfachen Menschen. Im benachbarten Österreich weigert sich die Regierung eine Abgrenzung zur Neonazistischen Szene vorzunehmen. In diversen Landtagen und Kommunalen Räten arbeiten die bürgerlichen Parteien von Grünen bis zur CSU jetzt schon mit der AfD zusammen.

Wir sehen, die politischen Probleme in Deutschland; Rassismus, Antisemitismus, Armut und Ausgrenzung sind keine neuen Phänomene, die sich die politische Rechte, ob in der AfD oder sonst wo, nun einfach zunutze macht. Sie sind auch das Ergebnis der Politik des Sozialabbaus, des Ausspielens von Deutschen gegen vermeintliche Nicht-Deutsche. Deshalb besteht die Antwort auf den Erfolg der Rechten auch nicht darin, ihren Forderungen nachzugeben, sondern darin, die Probleme an der Wurzel zu fassen.

Am effektivsten treten wir dem Rassismus und der Spaltung schon dort entgegen, wo er entsteht: In Betrieben, wo Flüchtlinge angeblich die Arbeitsplätze stehlen, müssen wir für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Dieses Jahr stehen viele Betriebsratswahlen an. Wir müssen Kolleginnen und Kollegen wählen, die für gemeinsames Auftreten aller Lohnabhängigen eintreten. Kein Betriebsratsplatz darf an die Hetzer der AfD fallen!

In Schulen, die auch schon seit Jahren überfüllt und marode waren sowie an unseren Unis müssen wir aktiv werden für gute Bildung für alle. Die Möglichkeiten

wären gegeben. Geld ist genug da, doch der Staat gibt es lieber für Aufrüstung und Standortgeschenken an die Wirtschaft aus. So wie es die Rechten schon immer wollten.

Dazu möchten wir alle aufrufen, die es mit dem Antirassismus und dem Antifaschismus ehrlich meinen. Damit nie wieder Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, Leistungsstärke oder politischen Meinung in Kerker gesperrt und ermordet werden. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!